

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 5

Artikel: Kirchen im Konflikt im südlichen Afrika
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142196>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

strophal diese Gesetze sich auswirken auf das menschliche, auf das existentielle Leben der Schwarzen, der Männer, der Frauen, der Kinder zum Beispiel in Sachen Verbrechen, darum wollen sie um jeden Preis an der Seele, an der Ganzheit dieser Menschen festhalten, weil es da um den großen Verlust des Lebens geht.

So gibt es heute Christen, die bereit sind zur Hingabe an die Welt und in keiner Weise mehr bereit wären zur Herrschaft über die Welt. Das wird gefährlich für sie in ihren eigenen Reihen, aber mit dieser Gesinnung treten sie ein in die Nachfolge des Christus, der ja schließlich auch von den Ältesten, den Hohepriestern und den Schriftgelehrten seines eigenen Volkes liquidiert worden ist. Jesus hat dermaßen seine eigene Art, Messias zu sein, so unweltlich, ohne die Frage nach Macht, nach Erfolg und Gewinn, er scheint so sehr ein fremder Tor in dieser Welt, daß man oft selbst unwillkürlich, unmerklich auf die Seite seiner Feinde abzugleiten droht.

Aber der Christus, den wir predigen, von dem wir dank unserer Erziehung sicher alle etwas in unserem Herzen tragen, der Christus, den wir missionieren, ist der leidende Christus. Von Anfang an ist das in seinem Leben markiert — keinen Platz in der Herberge, der gefährliche Herodes hinter ihm her, Flucht nach Ägypten. Der Kulturphilosoph Rosenstock-Hüßy hat in einem seiner Bücher geschrieben: «Es gibt kein verfehlteres Leben als das Leben Jesu. Gerade deshalb ist es das fruchtbarste Leben der Weltgeschichte geworden.» Nicht wahr, wir leiden nicht gern, und wir leiden, wenn wir normal sind, sicher nicht freiwillig. Aber im Leiden aus Liebe, wo sich die Liebe wehrt für die Geschöpfe Gottes, für die Mitmenschen, da hat das Leiden eine Chance, da wird Leiden zur Kraft der Fruchtbarkeit. Wer in der Nachfolge Christi schenkt, hingibt, verbraucht, nicht nur für sich, nicht nur für die Eigenen, nicht nur für das Eigene, sondern auch für das Fremde, für die Fremden, weil auch sie Gottes sind, der findet sein Leben voller unerwarteter Geschenke. Christus spricht: «Wer sein Leben verliert um meinetwillen — um der Liebe Gottes willen — der wird es finden.»

(Tonbandwiedergabe)

Hugo Sonderegger

Kirchen im Konflikt im südlichen Afrika

In «Neue Wege» ist schon öfters eingehend über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekte der Länder im südlichen Afrika berichtet worden. In den folgenden Ausführungen soll die Stellungnahme der Kirche, die eine nicht zu übersehbare Rolle in den vor sich gehenden Auseinandersetzungen einnimmt, dargelegt werden. Es gab und gibt

gewisse Kirchen, die durch ihr Schweigen oder durch offene Unterstützung zur Verschärfung der Rassenpolitik (Apartheid) und zur Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung beigetragen haben; andere haben durch offene Kritik maßgeblich bei der Aufklärung der Tatbestände mitgeholfen, wodurch vor allem internationale Organisationen und die Weltöffentlichkeit auf das Geschehen in Südafrika und in den portugiesischen Überseekolonien in Afrika aufmerksam gemacht wurden.

Anlaß, fast möchte man sagen Verpflichtung, ausführlich auf die Position der Kirche einzugehen, ist das von evangelischer und katholischer Seite gemeinsam herausgegebene Missionsjahrbuch* 1972, betitelt «Kirchen im Konflikt». Dieses Dokument zum Zeitgeschehen verdient als Instrument zur Meinungsbildung größte Beachtung und Verbreitung. Das reich bebilderte Jahrbuch ist eine sachliche Bestandesaufnahme der kirchlichen und missionarischen Tätigkeit in Südafrika, Namibia, Rhodesien, Mozambik und Angola. Das gemeinsame Merkmal dieser Länder ist die Beherrschung und Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung durch Minderheitsregierungen. Der herausfordernde Inhalt dieser Veröffentlichung macht klar, daß der Christ es nicht nur mit dem Himmel, sondern auch handfest mit dieser Erde zu tun hat. Sie verdeutlicht, daß in einer missionarischen Kirche «Heil mehr als Seelenheil» ist und daß sie direkt zum sozialen, wirtschaftlichen und politischen Engagement aufgerufen ist. Entscheidende Impulse zu diesem gesellschaftlichen Einsatz brachte das Zweite Vatikanische Konzil (Enzyklika *populorum progressio*) und die Konferenz «Kirche und Gesellschaft» des Ökumenischen Rates der Kirchen 1966 in Genf. Die **kompromißlose Auseinandersetzung** mit der Rassenpolitik und ihrem Herrschaftsanspruch ist beeindruckend. Die belastende biblische Tarnung der Rassentrennung in ein Herr- und Knechtverhältnis wird schonungslos bloßgelegt. Die spannungsgeladene Situation hat sich im Süden des afrikanischen Kontinents dermaßen zugespitzt, daß keine der dort wirkenden Kirchen nicht irgendwie mitbetroffen ist. Die Herausgeber stellen fest, daß die Kirchen «entweder Komplizen des herrschenden Systems sind, falls sie schweigen, oder sie gelten als verdächtige Rebellen, falls sie sich für die vom Unrecht Betroffenen einsetzen».

Südafrika

Die vom Missionsrat im Wortlaut vorgelegten Protest-Dokumente verschiedener kirchlicher Kreise widerlegen eindeutig die stets von Pre-

* Herausgeber: Schweizerischer Missionsrat, Postfach 50, CH 1700 Freiburg 2 und Schweiz. Evangelischer Missionsrat, Missionsstr. 21, CH 4000 Basel 3. Fr. 6.—.

mierminister Vorster vorgebrachte Behauptung, die offiziellen Kirchen unterstützten die Regierungspolitik. Dies trifft nur für die Niederdeutsche Reformierte Kirche zu, die von jeher eine Stütze der Apartheid war. Unter den angeführten Dokumenten befinden sich etwa die vom Südafrikanischen Rat der Kirchen 1968 veröffentlichte Botschaft an das südafrikanische Volk, oder der 1972 von den katholischen Bischöfen von Südafrika an alle südafrikanischen Katholiken gerichtete Aufruf an das Gewissen. Beide Botschaften gehen weit über einen verbalen Protest hinaus. Sie setzen sich mit der diskriminierenden Gesetzgebung auseinander und zeigen deren verheerende Auswirkungen auf die schwarze Bevölkerung im Bereiche des Wohnens, der Arbeitsverhältnisse, der minimalen Entlohnung, der vorenthaltenen Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, der politischen Entrechtung, des Polizeiterrors. Die der schwarzen Bevölkerung aufgezwungene «Getrennte Entwicklung» wird als künstliche territoriale Trennung in Volksgruppen eindeutig verworfen.

Eine wichtige Rolle der Aufklärung und der gewaltfreien Bekämpfung des Rassismus leistet das im Spannungsfeld zwischen Weiß und Schwarz stehende **Christliche Institut von Südafrika** durch seine Publikationen und seine Lehrtätigkeit. In seiner Zeitschrift «Pro Veritate» hat es im Juli 1971 das **Manifest der Schwarzen Theologie** veröffentlicht. Darin wird das Christentum, so wie es von gewissen weißen christlichen Kreisen zur Unterstützung des Status quo propagiert wird, der wachsenden Schwarzen Theologie gegenübergestellt, die sich einsetzt, den schwarzen Menschen von seinen Minderwertigkeitskomplexen, seiner aufgezwungenen Sklavenmentalität zu befreien.

Unter den zahlreichen Verfechtern der Rechte der nichtweißen Bevölkerung gibt es viele Geistliche niedern und hohen Standes, deren das Jahrbuch in Wort und Bild gedenkt. Zu ihnen zählen der Erzbischof Hurley von Durban oder der 35jährige Franziskanerpater Cosmas Desmond. Letzterer wurde wegen Veröffentlichung eines Buches (The Discarded People), das die entsetzlichen Zustände in den Umsiedlungslagern für die aus weißen Gebieten abgeschobenen schwarzen Menschen beschreibt, zu einem von der Regierung verordneten fünfjährigen Hausarrest verurteilt, was einer vollständigen Isolierung von der Umwelt gleichkommt.

Namibia

In Namibia, dem früheren Deutsch-Südwestafrika, das als Prüfstein der Apartheid bezeichnet wird, hat sich die Kirche ebenfalls zum Sprecher der Unterdrückten gemacht. Nachdem der Weltgerichtshof im Haag am 21. Juni 1971 ein Rechtsgutachten ausgestellt hatte, laut welchem der Republik Südafrika das Recht abgesprochen wird, Namibia weiter-

hin als Mandatsgebiet zu verwalten, haben die **Kirchenleitungen** der zwei **lutherischen Kirchen** Südwesafrikas schon am 30. Juni 1971 an Premierminister Vorster einen offenen Brief gerichtet, in dem sie der südafrikanischen Regierung vorwerfen, die schwarze Bevölkerung ständig zu diskriminieren, einzuschüchtern, zu bespitzeln, auszubeuten, ihr das Recht auf freie Berufswahl abzusprechen, durch das aufgezwungene Kontraktarbeitersystem das Familienleben zu zerstören. Sie fordern im Namen der einheimischen Bevölkerung einen einheitlichen, selbständigen, von Südafrika unabhängigen Staat. Die gegenwärtig zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung in Pretoria vor sich gehenden Verhandlungen haben bis anhin noch zu keinem Resultat im Sinne des Haager Rechtsgutachtens geführt.

Rhodesien

In Rhodesien, wo wiederum unter den Hauptfiguren der politischen schwarzen Emanzipationsbewegung Kirchenmänner waren und noch sind, wie der schwarze Bischof Muzorewa, Präsident des African National Council, nehmen die Spannungen zwischen Kirche und Staat zu. Zu einem eigentlichen Bruch zwischen Regierung und den meisten Kirchen kam es bei der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens 1965, als Premierminister Ian Smith erklärte: «Durch diese Unabhängigkeitserklärung haben wir uns für die Erhaltung von Gerechtigkeit, Zivilisation und Christentum eingesetzt, und in diesem Geist und Glauben erklären wir heute unser Land unabhängig». Der **Evangelische Christenrat** und die **Katholische Bischofskonferenz** schlossen sich zu einer gemeinsamen Stellungnahme zusammen und brachten einen **Verfassungsentwurf** vor, der der weißen Wählerschaft vorgelegt wurde. Diese Erklärung kann als ein bedeutendes kirchliches Dokument gewertet werden. In der Folge wird von kirchlicher Seite schärfste Kritik an der rassistischen Regierungspolitik geübt.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Stellungnahme des Evangelischen Christenrates zum **Anti-Rassismus-Programm** des **Weltkirchenrates** in Genf. Der Christenrat hat sich trotz massiver Drohungen von seiten des Smith-Regimes mit einem Mehrheitsentschluß eindeutig für das Anti-Rassismus-Programm ausgesprochen. Was die rhodesische Rassenoligarchie jedoch noch mehr erbost hat, ist die Weigerung der Kirchen die Gewaltanwendung der Partisanen öffentlich zu verurteilen.

Durch die von der Smith-Regierung angeordnete **Liquidierung** der **Cold Comfort Farm** im Dezember 1971, die vom Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) und dem Fonds für Entwicklung und Partnerschaft (FEPA) finanziell unterstützt wurde, ist die

schweizerische kirchliche Entwicklungsarbeit direkt mitbetroffen. Auf dieser Farm, einer mehrrassigen kibbuzartigen Gemeinschaft (sieben Meilen von Salisbury entfernt), hat der erfahrene Entwicklungspionier Guy Clutton Brock mit seiner Frau während vielen Jahren schwarzen wie weißen Christen vorgelebt, was es heißt, die Botschaft Christi ernst zu nehmen. Wie in einer urchristlichen Gemeinschaft lebten die Menschen hier ohne Unterschied der Rasse, des Verdienstes, des Lebensstandards zusammen. Das Smith-Regime betrachtete diese gemischtrassige brüderliche Gesellschaftsgruppe, deren Einfluß auf die Umgebung wuchs, als eine Herausforderung und Bedrohung der staatlichen Rassentrennungspolitik. Die Farm wurde deshalb angeblich wegen subversiver Tätigkeit als ungesetzlich erklärt und zugunsten der Staatskasse konfisziert. Clutton Brock wurde nach Entzug der rhodesischen Staatszugehörigkeit kurzfristig des Landes verwiesen.

Mozambik

In den portugiesischen Überseekolonien in Afrika, Mozambik und Angola existiert keine gesetzlich verankerte Rassentrennung. Man hat es in diesen Territorien mit einem kolonialistischen System zu tun, das nur eine ganz kleine und scharf kontrollierte schwarze Elite hervorgebracht hat. Die Bildungsmöglichkeiten für die große Masse der schwarzen Bevölkerung sind äußerst gering. Neunzig Prozent der Mozambikaner sind Analphabeten. Von einer Aussicht auf echte Selbstbestimmung und Afrikanisierung kann nicht gesprochen werden. Die Beziehungen zwischen Portugal und der Kirche, die eine privilegierte Stellung einnimmt, und hohe staatliche Subsidien erhält, sind eng. Jedoch mit dem im Mai 1971 angekündigten, aufsehenerregenden, freiwilligen **Rückzug** der seit 1945 in Mozambik tätigen **Weißer Väter** (Missionare aus acht Ländern) wurde in diesen systemerhaltenden Kirchenbetrieb eine Bresche geschlagen. Die Missionare haben in der an die Bischofskonferenz gerichteten Eingabe zur Begründung ihres Weggangs geschrieben: «Unser Gewissen verbietet uns, weiter mitschuldig zu bleiben an einer Unterstützung, welche die Bischöfe einem Regime leisten, das auf schlaue Weise die Kirche benützt, um in Afrika eine anachronistische Lage zu festigen und zu verewigen, welche auf die Dauer eine Sackgasse bedeutet. Wir haben keine Mittel und Wege, um die Sachlage an Ort und Stelle richtig zu stellen, darum ziehen wir uns zurück. Wie der heilige Paulus fühlen wir, daß es Situationen gibt, in denen wir nicht verschämt schweigen, uns nicht auf das Ränkespiel und die Verwässerung des Wortes Gottes verlegen dürfen» (2. Kor. 4, 2).

Die von den Weißen Vätern vorgebrachten Gründe, Mozambik zu verlassen, werden von der Bischofskonferenz nicht anerkannt. In ihrer

Antwort vom 1. Juni 1971 erklären die Bischöfe, daß ihnen eine Stellungnahme zu politischen Fragen nicht zustehe. Sie raten ihren Missionaren dieselbe Linie zu verfolgen. Mit Bedauern nehmen die Patres die offizielle Verlautbarung der katholischen Kirche, die einer Verurteilung gleichkommt, zur Kenntnis. Dem definitiven Rückzug der Weißen Väter hat die portugiesische Behörde noch kurzfristig die Landesverweisung hinzugefügt.

Der brutale portugiesische Kolonialkrieg der versengten und vergifteten Erde, der systematischen Verschleppung und Ermordung von unschuldigen Zivilpersonen wird ohne Einspruch der offiziellen römisch-katholischen Kirche Portugals weitergeführt. Hier sei daran erinnert, daß Papst Paul VI. durch seinen Empfang im Vatikan der drei Führer der Befreiungsbewegungen von Mozambik, Angola und Guinea-Bissau eine Solidarität mit den Unterdrückten bekundet hat.

Angola

In Angola ist die Lage sehr ähnlich derjenigen von Mozambik. Portugal befiehlt. Alle Bischöfe Angolas sind Portugiesen und müssen *persona grata* in Lissabon sein. Auch hier wird der Krieg von der Kirche als gerechte Maßnahme zum Schutze des Staates und zur Abwehr kommunistischer Infiltration beurteilt. Stimmen des Zweifels am Sinn der Missionsarbeit lassen sich nicht mehr zum Schweigen bringen. Gleich aufsehererregend wie die Weißen Väter kündeten ihre katholischen Glaubensbrüder in Angola **die Väter vom hl. Geist** (Kongregation der Spiritaner) ihren Weggang an, falls ihr Wirken wie bisher im vorgezeichneten Missionsstil vorsichzugehen habe. In einem Brief an die Bischofskonferenz in Luanda 1970 erklären sie die angolesische missionarische Tätigkeit als unevangelisch, klerikal, paternalistisch, als nur Institution und nicht Gemeinschaft und daher als unvereinbar mit ihrem Gewissen. Aus ihrer Anklageschrift spricht die Ausweglosigkeit ihrer Situation und auch die der angolanischen Bevölkerung. Die Patres sagen aus, daß jedes Tun außerhalb des religiösen Bereichs von der Behörde wie auch von der offiziellen katholischen Kirche als Subversion gegen den Staat eingestuft wird. Die Kongregation macht ihr Verbleiben in Angola von klar formulierten Forderungen abhängig. Die Patres schlagen die Bildung **neuer Missionstypen**, sogenannter **brüderlicher Gemeinschaften**, vor. Sie wollen mitten unter der einheimischen Bevölkerung leben, ohne finanzielle kirchliche Unterstützung, vom Ertrag ihrer Arbeit, um nicht mit dem politischen und wirtschaftlichen System paktieren zu müssen. Sie schlagen eine Evangelisierung vor, die ein Beitrag wäre zu echter, geistiger, kultureller und auch wirtschaftlicher Selbsthilfe.

Die diplomatisch wohlwollend abgefaßte Antwort des Episkopats ist weder ein Ja noch ein Nein; doch werden nur Lösungen innerhalb der bestehenden Missionsstrukturen angeboten, was für die Spiritaner unannehmbar ist. Im Herbst 1970 erfolgte der selbst gewählte Rückzug. Der Generalobere der Patres hält in seinem Schreiben an die Kongregationsmitglieder fest, daß er es vor seinem Gewissen nicht verantworten könne, weiterhin in einer Kirche zu dienen, die mit einem ganzen Herrschaftssystem über das afrikanische Volk verflochten sei und selber einen Teil dieses Systems darstelle. Ein Bleiben käme einer Gutheißung dieses Systems gleich.

Das Jahrbuch schließt mit einer Übersicht über die Tätigkeit und Beschlüsse zur Bekämpfung des Rassismus des **Ökumenischen Rates der Kirchen** seit 1954, der für die Austragung der Konflikte gewaltfreie Methoden befürwortet, sich jedoch weigert, «die Unterdrückten, die Gewalt anwenden, zu verurteilen, weil er anerkennt, daß die Aufrechterhaltung des Status quo durch Gewalt erfolgt».

Die Fülle der vorgelegten Dokumente und Kommentare sind ein Aufruf an die Weltöffentlichkeit, Stellung zu den brennenden Problemen im südlichen Afrika zu nehmen.

Helen Kremos

Mandela sortiert Seetang und hofft ...

Südafrika hält seine gefährlichsten «Politischen» auf Robben Island, der Sträflingssiedlung, ein paar Meilen außerhalb Kapstadt, gefangen. Unter ihnen finden sich **Nelson Mandela** und der farbige Intellektuelle **Dr. Neville Alexander**. In der Regel hat die Presse keinen Zugang zur Robben Insel. Einem australischen Journalisten, **David McNicoll**, wurde für einmal erlaubt, mit den Gefangenen zu reden. Nachstehend sein Bericht:

Nelson Mandela begrüßte mich vor seiner Zelle. Ein Blick hinein zeigte, daß sie peinlich sauber ist (wie alles auf Robben Island). Mandela führt (zur Zeit neben der oben erwähnten Unterhaltsarbeit) sein Rechtsstudium per Korrespondenz mit der Londoner Universität zu Ende. (Ein Zeichen, daß er sein Leben nicht auf Robben Island zu beschließen gedenkt, obwohl er zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde.)

Nach seiner Arbeit befragt, sagt Mandela, er habe zuerst, das heißt 1965, in einem Steinbruch gearbeitet, wo er nur den Himmel sehen konnte. Nach drei Jahren kam er in einen andern Steinbruch, wo er in der Ferne wenigstens Kapstadt auszumachen vermochte. Zu andern Zeiten (1971) mußte er, und muß er heute noch, Seetang sortieren. Dies sagt er, sei die beliebteste Arbeit, da man am Meer sei und die ein- und ausfahrenden Schiffe beobachten könne.